

Selbstständiger Antrag der Abgeordneten Daniel Zadra und Christoph Metzler (Grüne) sowie Martina Rüscher, Bernhard Feurstein sowie Josef Türtscher (VP)

Beilage 118/2017

An das Präsidium des Vorarlberger Landtags
Römerstr. 15
6900 Bregenz

Bregenz, 6. Dezember 2017

Glyphosat verbieten

Selbstständiger Antrag gem. §12 GO

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Die EU-Staaten haben im November 2017 für eine Verlängerung der Zulassung des potentiell krebserregenden Herbizids Glyphosat gestimmt.

Zahlreiche Studien geben seit Jahren Hinweise auf die Gefahren rund um den Wirkstoff. So kam die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im März 2015 zum Schluss das Herbizid als *wahrscheinlich krebserregend* einzustufen. Es gibt aber auch gegenteilige Studien.

Auf europäischer Ebene gab es, nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden, eine Entscheidung der Nationalstaaten für die weitere Zulassung von Glyphosat. Dies ist umso erstaunlicher, da es wie oben erwähnt, einen wissenschaftlichen Dissens über die Gefährlichkeit von Glyphosat gab. Dabei besagt das Vorsorgeprinzip der Europäischen Union ganz klar, dass bei Verdacht auf potentielle Schäden für Umwelt oder Gesundheit vorbeugende Maßnahmen zu treffen sind. Diesem Vorsorgeprinzip folgend hätte eine Aussetzung der Zulassung von Glyphosat erfolgen müssen. Die Republik Österreich hat aus diesem Grund, wie auch andere Staaten (z.B. Frankreich), gegen eine weitere Zulassung votiert.

Auch das Land Vorarlberg hat frühzeitig auf die möglichen Risiken reagiert und beispielsweise per Erlass vom 16. Mai 2013 die betreffenden Verwaltungsstellen und öffentlichen Einrichtungen aufgefordert, auf öffentlichen Flächen auf den Einsatz von Totalherbiziden wie z.B. Roundup zu verzichten. Ebenso haben sich zahlreiche Gemeinden in Vorarlberg dazu bekannt im eigenen Wirkungsbereich auf Glyphosat zu verzichten.

Am 11.05.2016 hat auch der Vorarlberger Landtag einstimmig den Antrag auf Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei Glyphosat angenommen.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Abgeordneten gemäß §12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG:

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Grundlagen für ein bundesweites Glyphosat-Verbot geschaffen werden, und eine klare Produktkennzeichnung bei Lebensmitteln für Glyphosat-freie Regale eingeführt wird,
2. ein landesweites Glyphosat-Verbot zu prüfen und - wenn rechtlich möglich - ehestmöglich eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Landtag vorzulegen.

LAbg. Daniel Zadra

LAbg. Christoph Metzler

LAbg. Martina Rüscher

LAbg. Bernhard Feurstein

LAbg. Josef Türtscher